

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Sticht-Zentralrat)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 40.

Berlin, Mittwoch, 1. Mai 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Vereinstag des Vereins der Deutschen Kaufleute. —
Unsere Reise nach England. — Ein neuer Gewerksverein.
— Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. —
Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Vereinstag des Vereins der Deutschen Kaufleute.

Zum letzten Sonntag hatte der Generalrat des Vereins der Deutschen Kaufleute mit dem geschäftsführenden Ausschuss einen Vereinstag nach dem Berliner Verbandshaus einberufen. Es galt, Stellung zu nehmen zu den sozialpolitischen Gesetzen, die gegenwärtig das öffentliche Interesse in Anspruch nehmen, und gleichzeitig die Richtschnur festzulegen, nach der im Sommer die Agitation für den Verein betrieben werden soll. Der erste Teil der Verhandlungen fand öffentlich statt, während die Beratungen über die Agitation einen vertraulichen Charakter trugen. Aus allen Teilen Deutschlands hatten sich die führenden Kollegen zusammengefunden, aber auch die Berliner Mitglieder hatten es sich nicht nehmen lassen, zahlreich zu dieser Rundgebung sich einzufinden. Auch der geschäftsführende Ausschuss des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine war durch die Kollegen Lewin und Erkelenz vertreten.

Die sozialpolitischen Fragen wurden behandelt in zwei Vorträgen über das Arbeitskammergesetz und die Reichsversicherungsordnung. Referenten waren der Redakteur der „Kaufmännischen Rundschau“, Kollege Vorhardt, und der Schachmeister, Kollege Hennig. Beide Referate zeichneten sich durch Gediegenheit und gründliche Sachkenntnis aus und verdienen es wohl, daß sie etwas ausführlicher hier wiedergegeben werden.

Vorhardt begann sein Referat mit einem Hinweis auf den Jahresbericht der Handelskammer zu Dortmund, in welchem von den „negativen Segnungen der ultra-sozialpolitischen und Gelegenheitsgesetze“ gesprochen und das „wirbellose Wettrennen der Parteien auf sozialpolitischem Gebiete“ gerügt wird. Dabei hat es 18 Jahre gedauert, bis der in den kaiserlichen Erlassen vom Jahre 1890 angekündigte Gesetzentwurf über die Arbeitskammern das Licht der Öffentlichkeit erblickt hat. Und dieser Entwurf war so schlecht, daß er der Kritik nicht standhalten konnte, sondern von der Regierung zurückgezogen werden mußte. Der neue Entwurf, der bereits den Reichstag beschäftigt und in einer Kommission zwei Lesungen durchgemacht hat, enthielt zweifellos Verbesserungen gegenüber der ersten Vorlage; die Wünsche der Handlungsgehilfen auf Einbeziehung in das Gesetz sind aber auch in ihm unerfüllt geblieben. Die Eingabe des Vereins der Deutschen Kaufleute und die darin aufgestellten Forderungen hat man nicht berücksichtigt. Dafür sucht man die Handlungsangestellten damit zu vertrösten, daß man ihnen verpflichtet, besondere Interessenvertretungen für sie zu schaffen. Man will also offenbar den Ständebüffel der Handlungsgehilfen noch erhöhen. Bei den denkenden Angestellten aber findet man kein Verständnis dafür, daß sie besondere Ständesinteressen haben. Die den Arbeitskammern zugeordneten Aufgaben interessieren die Handlungsgehilfen ebenso sehr wie die Arbeiter. Wenn es sich aber

um besondere berufliche Dinge handelt, nun, so sind ja im § 8 des Entwurfs besondere Abteilungen für bestimmte Gewerbegebiete vorgesehen. Bei gutem Willen also ließen sich im Rahmen des Gesetzes sehr wohl Sektionen für die im Handelsgewerbe beschäftigten Personen schaffen. Uebrigens hat auch der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg bei der Beratung des Gesetzes im Reichstage zugegeben, daß die Arbeitskammern allgemeine Berufsfragen regeln sollen. Es ist also kein Grund vorhanden, weshalb man die Handlungsgehilfen mit besonderen Einrichtungen „beglücken“ will.

Leider war im Plenum des Reichstages keine Stimmung für die Einbeziehung der Handlungsangestellten in das Arbeitskammergesetz. Auf eine Anfrage, wie denn die in Aussicht genommene Ständevertretung der Handlungsgehilfen aussehen solle, erklärte der Regierungsvertreter, Geheimrat Caspar, daß man darüber zurzeit noch keine Aufklärung geben könne.

Die Kommission, an welche der Gesetzentwurf verwiesen wurde, hat unzulänglich wesentliche Verbesserungen vorgenommen; die Handlungsgehilfen haben aber auch hier keine Gnade gefunden: ihre Wünsche sind unberücksichtigt geblieben. Man kann sogar von einer Verschlechterung sprechen, da ihnen ausdrücklich jede Vertretung genommen worden ist. Es ist dies zum Teil ein „Verdienst“ des Reichstagsabgeordneten Schacht, der seine eigenartige Haltung damit erklärte, daß er sagte, er wolle verhindern, daß die Handlungsgehilfenschaft in die Arbeiterklasse hinabsinke. Dem Herrn kommt es also offenbar vor allen Dingen ebenfalls darauf an, den Ständebüffel der Handelsangestellten noch zu erhöhen. Bedauerlicherweise teilen viele Handlungsgehilfen den Standpunkt des Herrn Schacht. Weder die 58er, noch die Leipziger, noch auch die Deutsch-nationalen wollen etwas von der Einbeziehung der Handlungsgehilfenschaft in das Arbeitskammergesetz wissen, und den ablehnendsten Standpunkt nimmt der kaufmännische Verband für weibliche Angestellte ein. Außer dem Verein der Deutschen Kaufleute sind nur noch der Allgemeine Verband deutscher Buchhandlungsgehilfen und der Zentralverband der Handlungsgehilfen für die Einbeziehung. Zum Teil ist für die ablehnende Haltung der Wunsch nach reinen Interessenvertretungen maßgebend. Man begegnet sich da mit den Unternehmerorganisationen, die bekanntlich auch in ihrer überwiegenden Mehrzahl reine Arbeiterkammern fordern. Wissen sie doch allzu gut, daß solche Einrichtungen nur „weiße Salbe“ sein würden. Ein großer Teil der Handlungsgehilfen aber verläßt sich auch auf das Versprechen der Regierung, daß für sie besondere Einrichtungen geschaffen werden sollen, ohne daß man weiß, wie diese Einrichtungen aussehen sollen.

Die Frage ist nun, sollen wir auf unserem Standpunkt stehen bleiben? Zwei Momente sind dabei zu berücksichtigen: Welche Erfahrungen haben die Handlungsgehilfen bisher mit der sozialpolitischen Gesetzgebung gemacht, und was schreibt uns die gegenwärtige Situation vor? Die Handlungsgehilfen sind von jeher stiefmütterlich behandelt und bei allen Gelegenheiten auf die Zukunft vertröstet worden. Bei der Schaffung der Gewerbegerichte, der Krankenversicherung hat man ihre Wünsche immer erst nach Jahrzehnten erfüllt. Während man ferner für die Arbeiterschaft Fabrik-

inspektoren geschaffen hat, ist die Forderung der Handlungsgehilfen nach Handelsinspektoren heute noch unerfüllt. Aus dieser Behandlung müßten sie doch lernen und sich sagen, daß sie auf eine besondere Interessenvertretung in absehbarer Zeit nicht rechnen können, wenn es nicht gelingt, das vorliegende Arbeitskammergesetz den Handlungsangestellten nutzbar zu machen. In dieser Ansicht müssen sie bestärkt werden durch die ganze sozialpolitische Lage. Die Erklärung, welche die Regierung abgegeben hat, besagt gar nichts, wohl aber läßt die Stimmung der Arbeitgeber in den Handelskammern, die ebenso wie die Arbeitgeberverbände gegen den vorliegenden Arbeitskammergesetzentwurf scharf zu machen suchen, erkennen, daß sie alles aufbieten werden, die Schaffung einer besonderen Interessenvertretung für Handelsangestellte mit allem ihnen zur Verfügung stehenden Einfluß zu verhindern. Nach alledem bedeuten die Beschlüsse der Kommission die Vertagung einer Interessenvertretung für kaufmännische Angestellte auf den St. Nimmerleinstag. Vielleicht wird man den Angestellten die vom sächsischen Handelskammertage vorge schlagenen Ausschüsse bei den Handelskammern bewilligen, die sich zu etwa einem Drittel aus Handelskammermitgliedern und zu zwei Dritteln aus Handlungsgehilfen und technischen Angestellten zusammensetzen sollen, deren Beschlüsse aber noch der Zustimmung der Handelskammern unterliegen sollen. Für eine solche Vertretung bedanken sich die Handlungsgehilfen. Der Verein der Deutschen Kaufleute muß demnach auf seiner alten Forderung der Erweiterung des § 8 des Arbeitskammergesetzes bestehen bleiben. Damit ist auch die Möglichkeit gegeben, den Forderungen der Mehrheit der Handlungsgehilfen auf Schaffung von Kammern zur Erleichterung besonderer Ständefragen Rechnung zu tragen.

Auf Grund dieser Ausführungen schlug der Redner zum Schluß folgende Resolution vor, die von der Versammlung ohne jede Diskussion einstimmig angenommen wurde:

Der vom Verein der Deutschen Kaufleute auf den 16. Mai 1909 einberufene Vereinstag hält nach nochmaliger reiflicher Erwägung und Prüfung der durch die Beschlüsse der Reichstagskommission geschaffenen Sachlage betreffend das Gesetz über die Arbeitskammern an den Beschlüssen seines 6. Delegiertentages zu Breslau fest und kann die notwendige schnelle Verwirklichung einer Interessenvertretung der Handlungsgehilfen nur darin erblicken, daß das Handelsgewerbe und verwandte Berufe in das Arbeitskammergesetz mit einbezogen werden und das zur Beratung stehende Gesetz im § 8 durch folgenden Zusatz ergänzt wird:

„Hat der Bundesrat für einen Bezirk die Errichtung einer Arbeitskammer verfügt, so muß an dieser Arbeitskammer eine besondere Abteilung für die Gewerbebetriebe der Apotheken und Handelsgeschäfte gebildet werden.“

Die von anderen Handlungsgehilfenverbänden aufgestellte Forderung der Errichtung besonderer Handlungsgehilfenkammern oder paritätischen Kaufmannskammern ist nur geeignet, die Schaffung einer Interessenvertretung für die Handlungsgehilfen auf lange Zeit hinaus zu verzögern.

Mit dem Referat des Kollegen Hennig über die Reichsversicherungsordnung werden wir uns demnächst beschäftigen.

Unsere Reise nach England.

L

Am 29. April abends trafen sich unsere Delegierten in Wesel, um gemeinsam die Reise über Blistingen nach London anzutreten. Die Eisenbahnfahrt durch Holland ging glatt von statten: schon gegen 11 Uhr betraten wir in Blistingen das Schiff „Königin Regentin“, das 11,25 Uhr seine mächtigen Schaufelräder in Bewegung setzte, um zahlreiche Kontinenter über den Kanal in das Inselreich Großbritannien zu bringen. An Bord warteten wir das Verschwinden der Lichter von Blistingen ab und gingen dann zu Bett. Als nach etwa zweistündiger, durch vorpringendes Land geschüttelter Fahrt das Schiff in das offene Meer kam, hatte es bald einen schweren Kampf mit den sich türmenden Wogen zu bestehen. Wer da nicht seefest war, hatte schlimme Stunden zu bestehen. Gut drei Stunden währte der fürmliche Wogentanz; dann wurde es ruhiger. Das auch hier gleich einer Brustwehr in das Meer seitlich vordringende Land schützte den weiteren Weg unseres Schiffes, das so wohlbehalten bald nach 6 Uhr morgens in Queens Boro ankam.

Nun betraten wir englischen Boden. England ist ein Land des Freihandels, darum machte das Durchgehen des Reisegepäcks keine Schwierigkeiten. Die Zigarren, Spirituosen und das Nationalgetränk Tee, unterliegen hohen Zöllen und Steuern; fast alle anderen Waren können frei eingeführt werden. Die Zölle auf Tabak und Alkohol hatten ursprünglich nicht mal einen fiskalischen Zweck, geschweige denn den Zweck, aus Konkurrenzgründen fremde Waren künstlich fern zu halten. Maßgebend waren bei Einführung dieser Zölle lediglich hygienische Gründe. Rauchen und Trinken hielt man für gesundheitsschädlich. Aber es wird doch geraucht und getrunken, und so sind aus den hygienischen allmählich ertragsreiche fiskalische Zölle und Steuern geworden. Immerhin hat die Temperenzbewegung in England besonders viele Anhänger gefunden. Manche mögen es gezwungenermaßen sein, weil Zigarren und Alkohol sehr teuer sind. Vier Zigarren für eine Mark sind nicht von der besten Sorte. Wer eine leiblich gute Zigarre rauchen will, muß 50 Pf. für das Stück anlegen. Eine nennenswerte Zigarrenindustrie hat sich daher in England nicht entwickeln können; die Engländer rauchen vorwiegend kurze Weife. Als Branntweinspezialität gilt der Whisky. Das ist ein starkes Getränk, das man mit Sodawasser verdünnt zu trinken pflegt. Ein Glaschen kostet 50 Pf. Auch das Bier, namentlich das eingeführte Münchener Bier ist teuer. Ein Glas von einem halben Liter kostet 50 Pf. Alle Lebensmittel und alle übrigen Waren sind entweder billiger, oder wenigstens nicht teurer als in Deutschland.

Mein Bericht ist den Dingen schon etwas vorausgeeilt. Die Erwähnung der Zollrevision brachte dies mit sich. Als wir die Revisionshalle durchschritten hatten, konnten wir in den Zug steigen, der uns nach anderthalb Stunden rascher Fahrt nach dem Ziel unserer Reise brachte. Mitten in der größten Stadt der Welt — London zählt mehr als 6 Millionen Einwohner — entstieg wir auf der Holborn-Station dem Zuge. Es war etwas nach 8 Uhr morgens geworden. Zahlreiche führende Gewerkevereine, an ihrer Spitze Mr. Addison, empfingen uns mit aufrichtiger Herzlichkeit. Unsere Gastgeberin, die Internationale Liga für Schiedsgerichte hatte einen Park von Droschken bereit gestellt, die uns und unser Gepäck aufnahmen und uns in kurzer Zeit in das prächtige Hotel Waldorf brachten. Vor dem Bahnhof und in den Straßen, die wir bis zum Hotel durchfahren, rannten die Zeitungsverkäufer in feberndem Hauf umher und verkündeten laut die Geburt der holländischen Thronerbin.

Einige wenige der auf dem Schiffe erkrankten Kollegen begaben sich auf kurze Zeit zur Ruhe; die anderen nahmen ein kleines Frühstück und dann ging es an die Besichtigung der herrlichen Bauwerke im Stadtteil Westminster. Besucht wurde die Abtei, die für London gleichzeitig das ist, was in Paris das Pantheon darstellt: die ewige Ruhestätte vieler Großen des Reiches. Auch in der St. Paulskirche, die dem St. Peter in Rom nachgebildet ist, haben die sterblichen Reste von Trägern unsterblicher Namen ihren Frieden gefunden. In diesen beiden Kirchen ruhen neben den Gebeinen der Könige von Geburt, die der Fürsten des Geistes: Dichter und Denker aller Wissenschaften, Bischöfe, Seldes des Krieges und der friedlichen Kulturarbeit, Politiker und Staatsmänner, Erfinder und Künstler. Um nur einige Namen aufzuführen: Shakespeare, Darwin, Wellington, Nelson, Gladstone, Watt usw. Prachtvolle Denkmäler aus weihem Marmor schmüden ihre Ruhestätten. Deutschland hat bisher noch

kein Pantheon; aber Kirchen hat es in großer Zahl, nur hat bisher noch keine derselben eine ähnliche Bestimmung gefunden, wie die genannten Kirchen in London. Das englische Volk ist religiöser als das deutsche; mindestens steht es unserm Volke darin nicht nach. Es findet aber nichts darin, daß die Stätten der religiösen Erbauung dazu verwendet werden, die Namen der Männer in Erinnerung zu halten, die durch ihr Wirken dem Volke ein Segen wurden.

In London gibt es viel zu sehen. Es dürfte in Europa kaum eine Stadt von gleicher Eigenart geben. In der City, das ist das eigentliche London, sind die Kaufhäuser und die Werkstätten vereinigt. Jeder Raum des Hauses dient geschäftlichen Zwecken, weshalb die City nur etwa 18 000 Bewohner zählt. Das sind wohl meist solche Personen, die für den Wachtienst in den Geschäftshäusern zurückgehalten werden. Die Inhaber der Betriebe und der Geschäftshäuser, die Arbeiter und Arbeiterinnen, die Angestellten und die Beamten wohnen in den übrigen Teilen Londons, zumeist in Einzelhäusern. In den Wohngebieten der besser situierten Familien stehen Einzelhäuser im Villenstil mit Gärten umgeben, in den übrigen stehen Haus bei Haus, eines genau wie das andere, so daß eine Reihe von Häusern aussieht, als wäre es ein einziges langes Haus, mit so und so vielen Eingängen. Aber jede Familie hat ihr eigenes Heim. Und darauf wird viel Gewicht gelegt. Alles macht einen sauberen Eindruck. Von den Fensterbrettern grühen Blumen. Es gilt der Satz: Mein Haus ist mein Schloß. Freilich, es gibt auch Gebiete in London, wo es anders aussieht. Darauf gehe ich später ein.

Angenehm berührt die glatte Abwicklung des riesigen Verkehrs in der City. Den Personenverkehr leistet der Omnibus, der Pferde- und Autobus. Die Hauptstraßen, Oxfordstreet und Regentstreet, sind in der Geschäftszeit von Wagen aller Art voll besetzt. Die Wagen weichen links aus. Will der sich angeammelte Verkehr einer Seitenstraße die Hauptstraße überkreuzen, dann gibt der Policeman ein Zeichen. Im Nu steht der Verkehr der Hauptstraße am Kreuzungspunkte still. Der Verkehr aus der Seitenstraße geht her und hinüber ruhig und schnell über den Damm der Hauptstraße. Inzwischen haben sich die Wagen der gesperrten Straße dicht nebeneinander bis an die Sperrstelle vorgeschoben. Wieder ein Zeichen des Policeman, der angehaute Knäuel gerät in Bewegung und alles geht wieder glatt weiter. Die Menschen haben gute Nerven. Kein nervöses Schreien, kein Janfen der Wagenlenker stört das stille Branden und Brausen des Verkehrs.

Die Arbeitszeit in der City ist verhältnismäßig kurz, denn die Menschen brauchen Zeit für ihre Fahrten aus und in die Wohngebiete. Nach Geschäftsschluss wird es ruhig in der City. Viele Läden schließen um 6 Uhr. Ein neues großes Kaufhaus in der Oxfordstreet schließt um 6½ Uhr. Sonnabends ist schon am Mittags Schluß, und am Montag wird erst wieder aufgemacht. Auch die Speisewirtschaften machen gegen 8 Uhr abends zu. Etlliche Läden und Wirtschaften, die auf den Fremdenverkehr rechnen, bleiben länger auf, darunter auch einige deutsche Wirtschaften. Sonntags muß man lange suchen nach einem Lokal, wo man etwas essen und trinken kann. Die Heilighaltung des Sonntags geht so weit, daß an diesem Tage nicht einmal dem Sport, der sonst eine große Rolle spielt, geshuldigt wird. Selbst das Kartenpiel ist am Sonntag verboten.

Auf unserem ersten Spaziergange in Westminster trafen wir den englischen Schatzkanzler Lloyd George, der mit seinem Lächelnden spazieren ging. Kurz entschlossen gingen wir auf ihn zu, um ihn zu begrüßen und ihm zu danken, einmal für seine Friedensfreundschaft mit Deutschland und dann für seine sozialpolitische Budgettreue. Der Minister hatte in seiner Rede den Kriegshebern zugerufen: „Mein Budget ist ein Kriegsbudget, aber nicht für den Krieg gegen ein anderes Volk, sondern für den Krieg gegen die Armut im eigenen Lande“. Unsere Begrüßung beantwortete der Minister mit der Erklärung, daß er nichts schändlicher wünsche als eine für England und Deutschland gleich ehrenvolle aufrichtige Freundschaft. Es sei aber auch nichts natürlicher, als daß diese beiden großen Völker sich gut vertragen. Zeitungs-Photographen begleiteten uns auf allen unsern Wegen. Und so fanden wir am Abend schon das Bild unseres zufälligen Zusammentreffens mit dem englischen Schatzkanzler in vier illustrierten Zeitungen veröffentlicht.

Am ersten Abend, also am 30. April, fand in der Caxton Hall das Begrüßungsmeeting statt. Ueber die Hauptreden haben wir bereits berichtet. Hier mögen noch einige Einzelheiten dieser eindrucksvollen Kundgebung geschildert werden. Unsere Kollegen sammelten sich in einem Vorraume. Als der Augenblick des Beginnens gekom-

men war, schritten der alte Arbeiterführer Abgeordneter Thomas Burt und der Arbeiterabgeordnete und Generalsekretär Mr. Addison voraus, und dann folgten wir im feierlichen Zuge nach, zu dem geräumigen Podium hinauf. Beim Eintritt in den Saal erhob sich ein Beifallssturm, der so lange anhielt, bis alle Delegierten auf dem Podium Platz genommen hatten. Zahlreiche Arbeiterabgeordnete und Gewerkevereinsführer setzten sich zu uns. Thomas Burt eröffnete die Versammlung, wobei sich zu seiner Begrüßung ein neuer Beifallssturm erhob. Seine Ansprache war überaus herzlich gehalten. Großen Beifall fanden die sodann verlesenen Briefe des Schatzkanzlers Lloyd George und des Kriegsministers Baldwin. Ersterer erinnerte in seinem Briefe daran, daß er unsere Deputierten schon am Morgen vor der Whitehall getroffen und sie seiner aufrichtigen Freundschaft für Deutschland versichert habe. Der Kriegsminister schrieb, daß er noch vor wenig Tagen in Almenau (Thüringen) war. Sein „Einfall“ in Deutschland sei nirgends übel bemerkt worden. „Ich spreche und denke deutsch und wurde überall freundlich empfangen, wo ich mich in Deutschland sehen ließ.“ Beide Briefe enthielten in herzlichster Weise zum Ausdruck gebrachte Grüße. Dann nahm ich das Wort. Ich erinnerte zunächst an den wiederholten Besuch Mr. Burts in Berlin und daß wir auch Gelegenheit hatten, ihn in unserm Zentralrat begrüßen zu können. Ich fügte ein kurzes Bild über die Bestrebungen der Deutschen Gewerkevereine (S. D.) hinzu und ließ dann die vom Zentralrat beschlossene Adresse folgen.

In der Versammlung sprachen noch von englischer Seite Abg. C. W. Dowermann, als Vertreter des parlamentarischen Komitees des Gewerkevereins-Kongresses, Abg. Bell, der Führer des Gewerkevereins der Eisenbahner, ferner die Abgeordneten Kelley, Howard Evans, Vorsitzender der Internationalen Liga für Schiedsgerichte, W. Copeland Howie, ein Geistlicher der englischen Kirche. Wir sahen ferner noch die Abgeordneten Sir S. Cotton, Hyles, Dickinson und Macarney. Die deutschen Redner nannten wir bereits im ersten Bericht.

Wer an dieser Versammlung teilgenommen, wird sie nie aus dem Gedächtnis verlieren. Wir haben uns überzeugt, daß das englische Volk den Frieden will. Das zeigte uns die großartig verlaufene Versammlung, und was wir sonst bis dahin erlebt, das sollte fernerhin noch vielfach bekräftigt werden bei all den folgenden Veranstaltungen.

Schon jetzt sei gesagt, daß unser Freund Norah, der wirksame Interpret, viel zum Gelingen des Ganzen beitrug. A. G.

(Fortsetzung folgt.)

Ein neuer Gewerkeverein.

Am letzten Sonntag, den 16. Mai, tagte zu Breslau in den Unions-Festhallen der erste konstituierende Delegiertentag des Gewerkevereins der Eisenbahner (S. D.). Delegierte waren erschienen aus Breslau, Proßlau, Gleiwitz und Sommerfeld. Der Stettiner Delegierte fehlte entschuldigt. Kollege Böhm-Gleiwitz eröffnete die erste Tagung mit herzlichsten Begrüßungsworten und mit dem Ausdruck der Freude, daß endlich der Tag erschienen sei, dem Verbands der deutschen Gewerkevereine ein neues, wichtiges Glied zuzuführen. Für den Verband schloß sich unser Vorsitzender Kollege Karl Goldschmidt dieser Begrüßung an.

Kollegen Böhm wurde auch die Leitung der Verhandlungen übertragen. Ein zuverläßlicher Geist besetzte alle Delegierten. Die Beschlüsse wurden einmütig gefaßt. Das Statut erhielt eine Fassung, wie sie den Wünschen der Eisenbahner entsprach. Der Beitrag wurde auf 10 Pf. festgesetzt. Für weitere 5 Pf. soll den aus der Krankenkasse ausgesteuerten Mitgliefern eine Konvalenzrentenrente von 7 Mk. gewährt werden. Ein Sterbengel wird sowohl der Frau gewährt wenn der Mann stirbt, wie auch umgekehrt dem Manne, wenn die Frau stirbt. Zum geschäftsführenden Ortsverein wurde Gleiwitz gewählt. Jeder Ortsverein ist durch Vertreter an dem Hauptvorstand beteiligt. Bereits für den Herbst ist ein zweiter Delegiertentag in Aussicht genommen.

Im Anschluß an den Delegiertentag fand nachmittags 6 Uhr eine öffentliche Eisenbahner-Versammlung statt, die den großen Saal bis auf den letzten Platz füllte. Den Vortrag hielt Kollege Goldschmidt. Seine Ausführungen wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Besonders lebhaft wirkten die Erörterungen über den nationalen Gedanken. Zahlreiche Eisenbahner traten dem Breslauer Verein bei, so daß dieser jetzt schon etwa 300 Mitglie-

zählt. Am Abend vorher sprach Kollege Goldschmidt in Brockau. Auch hier entstand ein neuer Verein, für den der Grundstein schon in einer Vorbereitungsversammlung gelegt worden war. Dieser neue Verein brachte es am Sonnabend auf 50 Mitglieder.

Verbandskollegen, geht nun überall an die Arbeit! Bevor noch weitere vier Wochen ins Land gehen, müssen überall, wo Eisenbahnwerkstätten sich befinden, neue Ortsvereine der Eisenbahner entstanden sein. Die Kollegen Wöhler, Gleiwitz, Barbarastraße 56, verendet gern das Material.

Auf zur Arbeit, keiner stehe zurück! Ein heiliger Wettstreit muß über alle kommen, damit der neue Gewerkeverein rasch zu großer Kraft empornachse.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 18. Mai 1909.

Ein allgemeiner Kongreß der Krankenkassen Deutschlands findet am Montag und Dienstag dieser Woche in Berlin statt. Auf der Tagesordnung steht die Beratung über den Entwurf der Reichsversicherungsordnung. Unter den zahlreichen Referenten befindet sich auch der Zentralratsvorsitzende, Kollege Gustav Sartmann, der insbesondere die Fragen der landwirtschaftlichen und Seemannsversicherung behandeln wird. Es wäre erfreulich, wenn es dem Kongreß glückte, einen Weg zu finden, auf dem es möglich ist, die Arbeiterkassen vor den mannigfachen Schädigungen zu bewahren, welche die Reichsversicherungsordnung ihnen in Aussicht stellt, und dafür Forderungen vorzuschlagen, die der arbeitenden Bevölkerung zum Segen gereichen. Jedenfalls darf erwartet werden, daß die Beschlüsse dieses Kongresses ihre Wirkung auf die gesetzgebenden Körperschaften nicht verfehlen werden.

Ein Heldentum der Gewerkevereiner. Unter dieser Stichmarke teilt der „Vorwärts“ in seiner Sonnabendnummer mit, daß der Kistenfabrikant D. in Berlin seine Arbeiter ausgeperrt habe, weil sie den 1. Mai durch Arbeitsruhe begangen hätten. Die vom Gewerkeverein der Holzarbeiter geholten Arbeitswilligen bekämen einen Stundenlohn von 55 Pf., während die Ausgeperrten im Durchschnitt 75 Pf. erhalten hätten. Wegen dieser Herabsetzung der Löhne und wegen der Aussperrung seiner Mitglieder habe der Holzarbeiterverband den Betrieb gesperrt. Das sei dem Bureau des Gewerkevereins mitgeteilt worden. Nach mehrfachen Unterredungen aber sei von hier der Bescheid gekommen, daß die Gewerkevereiner nicht aus dem Betriebe herausgezogen würden. Die Notiz schließt mit dem Satz: „Die Gewerkevereinsleitung lieferte also dem Fabrikanten die nötige Anzahl Streikbrecher, damit er eine Lohnreduktion von 20 Pfennig pro Stunde durchzuführen kann.“

Wie in diesem Falle von Streikbrechern gesprochen werden kann, bleibt Geheimnis des Holzarbeiterverbandes und der Vorwärtsredaktion. Die sollten doch aus eigener Erfahrung wissen, was ein Streikbrecher ist. In Wirklichkeit verhält sich die Sache so, daß in dem betreffenden Betriebe tatsächlich Gewerkevereiner eingestellt worden sind, die auch vorläufig einen Stundenlohn von 55 Pf. erhalten, während früher höhere Löhne gezahlt worden sind. Das ist aber darauf zurückzuführen, daß unsere Kollegen hier gewissermaßen ungelernete Arbeiter sind, die sich erst einarbeiten müssen. Deshalb erhalten sie auch einen Stundenlohn, später sollen sie in Akkord beschäftigt werden, wobei es ihnen natürlich auch möglich sein wird, die ihren Vorgängern gezahlten höheren Löhne zu erreichen. Wie unter solchen Umständen von Lohnrückerstattung die Rede sein kann, ist uns unerfindlich. Eine gemeine Verleumdung aber ist es, wenn es heißt, die Gewerkevereiner seien eingestellt worden, damit eine Lohnreduktion durchgeführt werden könne. Nein, die Gewerkevereiner sind eingestellt worden, weil der betreffende Arbeitgeber ebenso, wie sich die Ausgeperrten den 1. Mai frei nahmen, das Recht zu haben glaubte, sie auszusperrn. Für uns Gewerkevereiner hat die Maßfeier keine Bedeutung. Wir hatten deswegen auch keinen Anlaß, unsere Kollegen dem Betriebe fernzuhalten. Zur Charakteristik der Verbände sei hier erwähnt, daß beispielsweise in der Bautischlerei von Gebr. Weidner in Berlin ebenfalls 18 „Genossen“ ausgeperrt wurden, weil sie sich an der Maßfeier beteiligten. Das hat aber nicht verhindert, daß am 3. Mai ein Dutzend Verbändler in demselben Betriebe an die Stelle der Ausgeperrten traten. Es ist uns bisher noch nicht bekannt geworden, daß der „Vorwärts“ oder der Holzarbeiterverband sich deshalb ebenso entrüstet an die Öffentlichkeit gewandt hätten.

Die Einführung obligatorischer Arbeiterausschüsse, wie sie in der Gewerbeordnungs-Novelle vorgesehen und von der Reichstagskommission beschlossen worden ist, scheint bei allen denen, die selbst in dem geringsten Mitbestimmungsrecht der Arbeiter eine Erschütterung der Unternehmerstellung erblicken, ein wahres Angstgefühl ausgelöst zu haben. Von allen Seiten wird Sturm gelassen, um nur ja jene Arbeiterausschüsse nicht zur Einführung gelangen zu lassen, und allen voran sind die Handelskammern, die zum Teil recht sadscheinige Gründe gegen jenen im Grunde genommen recht unerheblichen sozialpolitischen Fortschritt ins Feld führen. Auch die Handelskammer in Augsburg hat jetzt Stellung dazu genommen. Lieber den Verlauf der Verhandlungen hat die „Voll. Ztg.“ einen Bericht erhalten, in welchem es u. a. heißt:

Der Berichterstatter leugnete nicht, daß mit den Arbeiterausschüssen, die bisher freiwillig bestanden, im allgemeinen eine gute Erfahrung gemacht worden seien. Er bezweifle aber, ob das so bleiben werde, wenn die Einrichtung zu einem gesetzlichen Obligatorium werde. Der Entwurf erkenne dem Arbeiter zwar bloß die Rechte der Meinungsäußerung, Gutachtenabgabe und Beschwerdebefugnis zu. Die Arbeiter würden aber bald zu der ihnen zu gewöhnlichen Form der Vertretung auch einen materiellen Inhalt verlangen und für den Arbeiterausschuss ein Recht der Zustimmung oder Ablehnung gegenüber Maßnahmen der Betriebsleitung fordern. Die häufig gebrachte Forderung von Stimmungsentscheidungen ist hierfür ein Beispiel. Auf diesem Wege würde man durch die Arbeiterausschüsse zu der sog. konstitutionellen Fabrik gelangen, einem System, das die Industrie wegen seiner Gefahren für die wirtschaftliche Weiterentwicklung Deutschlands a limine ablehnen müsse. Alles, was zu einem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter über die Betriebsleitung führe, verdiene, in seinem Keime bekämpft zu werden. Die Kammer vermag sich daher, so verständlich ihr der Wunsch erscheint, den Arbeitern Gelegenheit zur Äußerung zu geben, nicht dafür auszusprechen, daß die bisherige Freiwilligkeit der Bildung von Arbeiterausschüssen durch ein Obligatorium ersetzt werde.

Der Gedanke des konstitutionellen Systems im Fabrikbetriebe, ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter am Arbeitsvertrage heranzuführen, den Herren schon eine Gänsehaut. Wie sollte man auch aus Augsburg, der Wiege der Gelben, wo auch der Kampf gegen das Koalitionsrecht der technischen und kaufmännischen Angestellten begann, etwas anderes erwarten!

Arbeiterbewegung. In Weiskirchen und Umgegend haben die Kürschner die Kündigung eingereicht, weil ihnen die Unternehmer eine Lohn-erhöhung ablehnten. — In Würzburg befinden sich seit einiger Zeit die Schöbichmacher in einer Lohnbewegung. Nachdem die Unternehmer alle Zugeständnisse abgelehnt hatten, beschloß eine Versammlung, zunächst die Kündigung einzureichen und nach Ablauf der Kündigungsfrist eventuell in den Streik zu treten. — Der Kampf der Bauhilfsarbeiter in Rathenow ist durch einen Tarifvertrag beendet worden, der ihnen kleine Lohnaufbesserungen sowie einen Aufschlag für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit gewährt. — In einer Tarifbewegung befinden sich in Magdeburg die Klempner. Sie verlangen den Abschluß eines Tarifvertrages, der ihnen vor 2 Jahren von der Klempnerinnung in Aussicht gestellt worden ist. — In Ansbach sind die Maurer und Bauhilfsarbeiter in den Zustand getreten, um eine Aufbesserung der Löhne herbeizuführen.

Am Schneidergewerbe Schwedens sind Differenzen ausgebrochen. Wegen des Ausstandes der Schneidergestellten in Norrköping und Wisby wollen die Schneidemeister am 21. Mai eine allgemeine Aussperrung vornehmen, wenn die Arbeiter bis dahin nicht die von den Unternehmern gestellten Bedingungen angenommen haben.

Anzufriedene Gelbe. Wo die Unternehmer ihren gelben Schüligen einen so breiten Spielraum eingeräumt haben, müssen sie die ihnen gewiß recht peinliche Beobachtung machen, daß wenn sie den Bogen allzu straff spannen, selbst die Gelben auffällig werden. Vor längerer Zeit traten sie auf einer Lotbringer Grube in den Streik, und vor wenigen Wochen erst konnten wir melden, daß sie in der Maschinenfabrik Budau b. Magdeburg die Arbeit eingestellt haben. Jetzt sind wieder Differenzen in mehreren Budauer Maschinenfabriken ausgebrochen, weil sich die Mitglieder der gelben Gewerkschaften bei der Aufteilung der Arbeiten unzufrieden fühlen. In einer Verammlung von Mitgliedern der Werkvereine und der Vereine reichstreuer Arbeiter, in der diese Angelegenheiten zur Sprache kamen, wurde mitgeteilt, daß die be-

treffenden Werkmeister sicherlich so behandelt hätten, „ohne daß die Arbeitgeber oder Betriebsleiter davon wüßten“.

Ob diese Verühigungswille gewirkt hat, können wir nicht sagen. Der Vorgang zeigt aber, wie sehr die Gelben sich hier und da als Herren der Situation fühlen. Wo sie eine gewisse Stärke haben, verlangen sie auch ihre Extrawurst gebraten. Das werden die Herren Unternehmer schon noch öfter erfahren müssen und schließlich es doch vorziehen, mit Arbeitern zu tun zu haben, die auf ihre Ehre und ihre Rechte etwas geben.

Die Zulassung von Organisationsbeamten als Prozeßbevollmächtigte vor dem Gewerbegericht hat wieder einmal die ordentlichen Gerichte beschäftigt. Das Gewerbegericht zu Eberfeld hatte einen Angestellten des Metallarbeiterverbandes, der früher schon als Prozeßbevollmächtigter aufgetreten war, in einem späteren Falle als solchen zurückgewiesen. Dagegen wurde Beschwerde beim Landgericht Eberfeld eingelegt, von diesem aber als unzulässig erachtet und verworfen. Das Oberlandesgericht Düsseldorf jedoch erklärte die Beschwerde für zulässig und gab dem Eberfelder Landgericht auf, in eine Prüfung der Sache selbst einzutreten. Leider ist diese Prüfung nicht zumunsten des Beschwerdeführers ausgefallen. Das Landgericht hat vielmehr entschieden, daß der betreffende Beamte das Verhalten vor Gericht als unmäßig betriebe und daher mit Recht auf Grund des § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes als Prozeßbevollmächtigter zurückgewiesen worden sei.

Damit haben sich die einander widersprechenden Urteile in dieser Frage wieder um einen Fall vermehrt. Gleichzeitig aber ist ein neuer Beweis erbracht für die Notwendigkeit einer Abänderung des Gewerbegerichtsgesetzes in dem Sinne, daß die Beamten der Arbeiterorganisationen ausdrücklich als Vertreter vor den Gewerbegerichten zugelassen werden müssen.

Zum Frieden zwischen den Christlichen und den katholischen Facharbeitern. Vor einiger Zeit ging durch die Presse eine Notiz, daß die genannten Richtungen die gegenseitige Bekämpfung einstellen und gemeinsam arbeiten wollten. Ja, sogar von einer Verschmelzung war die Rede. Der Urheber dieses Berichtes war der bekannte Führer des alten Bergarbeiterverbandes Leimpeters. Sowohl die christlichen Organe als auch diejenigen der katholischen Fachabteilungen wandten sich aber sehr entschieden gegen jene Mitteilungen und bezeichneten sie als „Latarennachricht“. Darauf erwidert jetzt Leimpeters im „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ u. a.:

Die Tatsache, daß unter dem Vorsitz des Bischofs Dr. Korum eine Konferenz des Saarlandes stattgefunden hat, auf welcher die Einstellung des Kampfes beschlossen wurde, hat kein katholisches Blatt im Saargebiet besprochen und selbst das christliche Zentralblatt bestreitet das nicht! Ebenso kann die Tatsache nicht bestritten werden, daß der Kampf in den Zeitungen und Versammlungen faktisch eingestellt ist und daß ehemalige berlinische gesinnung Geislische heute den Zutreiber für die M.-Gladbacher machen! In Eberfeld bei Hamburg hatte der Gewerkeverein vor zwei Jahren eine schöne Zählstelle, die ihm der dortige „berlinisch“ gesinnung Pfarrer vollständig kaputt gemacht hat, und jetzt, nachdem der Verband in Eberfeld eingedrungen ist, sucht derselbe Pfarrer die von ihm zerstörte Zählstelle der „Christlichen“ wieder aufzurichten! Der Pfarrer von Oberbergbach, Präses der Berliner Fachabteilung, hat vor Wochen „seine Bergleute“ aufgefordert, sich dem „christlichen“ Gewerkeverein anzuschließen, und Gutes darf jetzt im katholischen Arbeiterverein reden unter Leitung der „Berliner“ Geislische! Eine Reihe weiterer Ortsgruppen könnte ich anführen, wo die katholische Geislische, die vor Jahren gegen den christlichen Gewerkeverein predigte, heute dafür agitierte, womit die Unterlagen meiner „Latarennachricht“ mehr als erwiesen sind.

Diese Ausführungen sowie die sonstigen Angaben, die Leimpeters macht, sprechen allerdings dafür, daß zwischen den Berlinern und den M.-Gladbachern etwas im Gange ist. Eigentümlich erscheint es nur, daß man damit so heimlich tut. Ob man sich der Veröhnung schämt, nachdem man sich jahrelang in der geschäftlichsten Weise beschimpft hat?

Wegen Berufserklärung hat eine Anzahl Arbeiter, wie wir kürzlich mitteilen, den Gewerkeverband im Ruhrgebiet auf Schadenersatz verklagt. Um ähnlichen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, haben die Bechenherren offenbar sich an einen findigen Juristen gewandt, der auch einen Weg gefunden zu haben meint, die Bechen von

Schadenersatzansprüchen zu sichern. An der Ver-
zuckerklärung selbst und an der Unbilligkeit des
Verfahrens wird allerdings nichts geändert. Auf
den Beiden des Rührreviers wird jetzt den Arbeit-
tern ein Zettel folgendes Inhalts in die Hand ge-
drückt:

„Sie werden hierdurch darauf aufmerksam gemacht
daß, falls sie sich auf unserer Zeche einen Kontraktbruch
aufschulden kommen lassen, Sie innerhalb 6 Monaten auf
keiner anderen dem Zecheverbande angeschlossenen Zeche
zur Arbeit angenommen werden.“

Wer also wider den Stachel zu lösen sich er-
dreifet, dem soll auch künftighin der Schmach-
tinnen auf 6 Monate fester angezogen werden.
Wir sind der Meinung, daß auch trotz dieser bor-
herigen Ankündigung das Vorgehen der Zeche-
verwaltung wider die guten Sitten verstößt und
deshalb unzulässig ist.

Die Nachrichten über den Streik der französi-
schen Postbeamten lauten diesen nicht günstig.
Weder hat die Bewegung mit der erwarteten
Schärfe eingesetzt, noch sind die Hoffnungen, daß
nach Ausbruch des Streiks sich viele Bögernde an-
schließen würden, erfüllt worden. Vielleicht hat
dazu der Ausgang der Kammerdebatten mit bei-
getragen. Es wurde nämlich eine Tagesordnung
angenommen, deren erster Teil sich gegen den
Beamtenstreik wendet und deren zweiter
Teil ein Vertrauensvotum für die Regierung aus-
spricht. Für den ersten Teil stimmten 455, da-
gegen 59, für den zweiten Teil 365, dagegen 159
Abgeordnete. Die Kammer hat also mit einer
ganz überwältigenden Mehrheit das Verhalten der
Beamten gemißbilligt. Nach den amtlichen Fest-
stellungen betrug am letzten Sonnabend die Zahl
der ausständigen Postbeamten in Paris 1917 bei
einer Gesamtzahl von 26 406 Beamten überhaupt.
In den Provinzen soll die Beteiligung am Streik
entgegen den früheren Meldungen noch geringer
sein. Die Organisationen der Arbeiter, von denen
sich die Postbeamten so viel verbrochen haben,
verhalten sich zurückhaltend und wollen zum größ-
ten Teil erst im Laufe der Woche ihre Maßnahmen
treffen. Nach alledem kann schon heute mit ziem-
licher Gewißheit angenommen werden, daß auch
dieser zweite Streik der Beamten ergebnislos ver-
läuft. Schade um die schwächeren Opfer, die auf der
Strecke geblieben sind! Denn die Zahl der Ge-
maßregeln wächst von Tag zu Tag. Die französi-
sche Regierung aber sollte aus den Vorgängen
die Mahnung nehmen, daß sie endlich ihren Scharf-
machereien ein Ende bereitet und die Dienstver-
hältnisse der Beamten so regelt, wie es einem
modernen Staatswesen zukommt. Nur dann wird
es möglich sein, das Verkehrs- und Wirtschaftsleben
Frankreichs vor weiteren Erschütterungen zu be-
wahren.

Gewerkvereins-Teil.

§ Halle a. S. Am Sonntag, den 9. Mai, fand eine
Sitzung der Verbandsvertreter statt, die sich mit dem
Statutenentwurf der anfangs dieses Jahres hier neu-
gebildeten Sozialen Kommission beschäftigte, bestehend

aus dem Ortsverband unserer Gewerkschaften, dem
christlichen Gewerkschaftskartell, dem Lokalverein der
Brauereien, dem evangelischen Arbeiterverein, dem Verein
der Eisenbahnbediensteter und Arbeiter und noch
einigen Vereinen, die auf nationalem Boden stehen.
Nachdem man die Licht- und Schattenseiten dieser Reu-
bildung eingehend besprochen hatte, wurden die Sta-
tuten genehmigt. Der Vorsitzende, Kollege Krüger,
glaubte noch einzelnen Bedenken gegenüber bestehen zu
können, daß wir in keiner Weise benachteiligt sind,
da er in der Kommission den Vorsitz behält. Darauf
wurde die Verteilung der Beisitzermandate für die in
diesem Herbst kommenden Gewerbegerichtsahlen be-
sprochen. Für die Gewerkschaften kommen 5 Beisitzer
in Betracht. Es wurde den einzelnen Ortsvereinen
überlassen, bald geeignete Kandidaten zu präsentieren.
Im letzten Punkt der Tagesordnung Verschiedenes, gab
ein Artikel der „Deutschen Gewerkschaftszeitung“, der
Stimmung für einen Delegiertentag der Ortsverbände
Mitteldeutschlands machte, Anlaß zu lebhaften Ausein-
andersetzungen. Der Gedanke wurde von den Ver-
tretern verworfen und der Artikel als die Privatansicht
des Kollegen Rode bezeichnet. Es wurde beschloffen,
die Abhaltung eines solchen Delegiertentages zu ver-
hindern und diesen Beschluß zu veröffentlichen. Im
Anschluß an die Vertreterversammlung fand eine Verbands-
versammlung statt, in welcher Kollege Ulrich vom Ge-
werkschaften der Maschinenbauer einen Vortrag über das
Unfallversicherungsrecht hielt. Redner wies in seinen
interessanten Ausführungen darauf hin, daß je länger
dieses Gesetz besteht, desto ungünstiger werde seine Aus-
legung und die Rechtsprechung für die Arbeiter. In
neuerer Zeit widmet die Arbeiterschaft gerade diesem
Gesetz eine größere Aufmerksamkeit, weil die Unfall-
verletzungen durch das rigorose Verfahren der Berufsge-
nosenschaft immer schlechter wegkommen. In zahl-
reichen Beispielen wies er nach, in welcher Weise Ren-
tenförmigen durchgesetzt werden. Auch die immer
mehr sich häufenden ungünstigen Urteile der Schieds-
gerichte unterzog der Vortragende einer scharfen Kritik.
Die Urteile des Reichsversicherungsamts seien dagegen
den Arbeitern etwas günstiger. Namentlich bei kleinen
Verletzungen der Finger habe sich leider ein Umschwung
vollzogen, der im Interesse der Verletzten sehr zu be-
klagen sei. Auch bei Augenverletzungen macht sich mehr
und mehr das Bestreben geltend, die Renten herab-
zudrücken. Scharf beurteilt wurde auch die Haltung
der Vertrauensärzte bei den Untersuchungen. Die Ver-
sammlung dankte beifallspendend für diese ausgezeich-
neten Ausführungen. In der darauffolgenden lebhaften
Aussprache wurde noch so manche Reizendegeschichte Ver-
lehter besprochen. Sehr interessant waren besonders
die Schilderungen, die Kollege Jabel-Trotha aus seiner
Tätigkeit als Schiedsgerichtsbeisitzer gab. Um 7 1/2 Uhr
erfolgte Schluß der Versammlung.

Th. Rode Schriftführer.

Verbands-Teil.

Berlin. Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften (D.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften, N.O., Greifswalderstraße 221/223. Wegen der bevorstehenden Feiertage fallen die Sitzungen aus. Nächste Sitzung Mittwoch, 9. Juni. — **Gewerkschafts-Liedertafel (G.-L.).** Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr, Lehnungsstunde im Verbands Hause der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willkommen. — **Distriktsklub Nordst.** Sitzung jeden Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, bei Rabau, Waldstr. 58. — **Freiwilligen-Vereinsklub Distriktsklub Berlin.** Pflauserstr. 20. Sitzung jeden ersten

und dritten Dienstag im Monat. — **Sonnabend 22. Mai.** **Maschinenbau- u. Metallarbeiter V.** Abds. 8 1/2 Uhr, Versammlung, Rottbuhstr. 6. E.-D.: Protokoll Monatsbericht. Vortrag d. Herrn Sarnow: „Deutschlands Weltstellung“. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter VIII.** Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Verbandshaus, Greifswalderstraße 221/223. E.-D. dort. **Himmelfahrtstag** Herrentarife nach Kleinbühse. Treffpunkt 7 1/2 Uhr, Eitlinger Vorortbahnhof. Gäste willkommen. **Maschinenbau- u. Metallarbeiter XII.** Abends 8—10 Uhr, Zab am Abend bei Krull, Pflauserstraße 51. Kohlenbestellung. **Himmelfahrtstag:** Herrentarife. Treffpunkt Bahnhof Ostendbrunnen früh 7 Uhr nach Gradowfer bei Dranienburg. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter III.** Abds. 8—10 Uhr, Zab am Abend bei Rabau, Waldstr. 58. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter I.** Himmelfahrtstag: Herrentarife. Zegel, Spandau u. weiter. Treffpunkt 7 1/2 Uhr Zegel, Endstation der Elektrischen. Nachzügler bis 9 Uhr Schützenhof.

**Leipzig. Deutsche Handeltreibender-Ver-
einigung.** Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant „Zum letzten Keller“, Einbeinau, Eipenerstraße, statt.

Orts- und Regionalverbände.

Machen (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsklub bei Leuchter, Ecke Hanfensamplap, und Altkirchstraße. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr präz., in Hüttmännchen Hotel, Poststr., Distriktsklub (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Factor, Kaiser Wilhelmstraße 77. — **Dresden (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderstraße 28. Gäste willkommen. — **Hagen a. U. (Distriktsklub).** Jeden 1. und 3. Sonntag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hafentamp, Friedrich Wilhelmstraße, Distriktsklub. — **Milch (Distriktsklub).** Jeden Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Müller, Sandstraße 88. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Nobel, Berlinerstr. 120. — **Leipzig (Gewerkschafts-Liedertafel).** Die Lehnungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Wittenberg a. S. (Verbandsabteilung der Gewerkschaften).** Lehnungsstunde jeden Dienstag, abends 8 1/2—11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gesangliebende Gewerkschaftsmitglieder stets willkommen. — **Stettin (Ortsverband).** Sonntag, 23. Mai, nachm. 3 Uhr, Ortsverbandversammlung im Restaurant Obereschlößchen, St.-Th. Gradow. — **Röhm (Ortsverband).** Donnerstag, 20. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, in der Reparatur Dittmar, Ehrenfeld, Benloerstraße 298, Ortsverbandversammlung. E.-D.: 1. Vortrag d. Kollegen Wrothe: „Der Reichsversicherungsentwurf“. 2. Kassenericht. 3. Wahl der Revisoren. 4. Verschiedenes. — **Kattow (Ortsverband).** Sonntag, 23. Mai, vormittags 11 Uhr, in Kauls Brauerei. Vortrag des Kollegen Lehnert-Olewig. — **Ortsverband für das obere Leunegerbiet.** Sonntag, 23. Mai, nachmittags 4 Uhr, Ortsverbandversammlung in Oberdunem beim Wirt Herrn Schulte.

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis. Eising (Ortsverband). Arthur Friese, Schriftführer, Eising-Altkirch, Grönl. 9.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Zur Anschaffung dringend zu empfehlen sind die Schriften des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Karl Goldschmidt:

Weltanschauung

und Arbeiterbewegung.

Ein Wort der Aufklärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volkfreunde.

Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk., 200 Exemplare 10 Mk., 500 Exemplare 23,50 Mk., 1000 Exemplare 45 Mk.

Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich.

Ein Leitfaden für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908.

Preis pro Exemplar für Mitglieder 30 Pfg., 6 Stück kosten 1,50 Mk., 12 Stück 2,65 Mk., 20 Stück 4 Mk.

Bei Bestellungen, die an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223 zu richten sind, ist der Betrag mitzugeben. Die Bestellung kann auf dem Postanweisungsschnitt erfolgen.

Ein tüchtiger Schmieb, verheiratet, sucht sofort Stellung. Zeugnisse über gute Besorgung stehen zur Verfügung. Offerten an Johann Drobny, Sammlermeister, Falkenberg, O.-Schl.

Danzig (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder erhalten beim Genossen K a m m e r e r, Hlsmarkt 10, Herbergungsstellen.

Herrn L. E. (Ortsverb.) Durchreisende Verbandsmitglieder erhalten Herbergungsstellen bei August Müller, Fruchtstr. 6 I. Mittags von 12—1, abends von 7—8 Uhr.

Machen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1,25 Mk. A.-Heunterstützung in dem Arbeitersekretariat Machen, Adalbertsplatz 71.

Potsdam (Ortsverb.) Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag bei den Ortsvereinskassierern ob. b. Christ. Dankert, Junkerstr. 8.

Hannover und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder aller Berufs erhalten Nachtquartier und Herbergungsstellen hierzu bei Kar Geibel, Helfenstraße 32 A I.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:

Heftchrift zum 70. Geburtstag des Anwalts von Karl Habn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg. **Kupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch.** 160x280 mm. Preis 50 Pfg.

Leitfaden zum Gewerbegerichtsgesetz von Dr. Max Hirsch. Preis 50 Pfg. **Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch.** Preis 50 Pfg.

Geschichte der Deutschen Gewerkschaften von Karl Goldschmidt. Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg.; für Gewerkschafter 1 Exemplar 50 Pfg., 10 Exemplare 4 Mk., 20 Exemplare 7 Mk., 30 Exemplare 9 Mk. und 50 Exemplare 12,50 Mk.

Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkschaften. Heftchrift zum 25 jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunder) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark.

Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.

Der Bestellung bitten wir stets den Geldbetrag beizufügen, da anderenfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird. Geldsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223.

Das Bureau des Zentralrats. Rudolf Klein.